STADT NORDEN

Protokoll

über die Sitzung des Betriebsausschusses "Technische Dienste Norden" (01/TDN/2017)
am 01.06.2017

Sozialraum des Bauhofes, Am Norder Tief 49, Norden

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
4. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
5. Bekanntgaben
6. Durchführung der Einwohnerfragestunde
7. Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses vom 24.11.2016
0063/2017/TDN
8. Sachstandsbericht: Sanierungsmaßnahmen Klärwerk
9. Bericht des Gewässerschutzbeauftragten für 2016
0199/2017/TDN
10. Überblick über die Geschäftsentwicklung
0192/2017/TDN
11. Dringlichkeitsanträge
12. Anfragen, Wünsche und Anregungen
13. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Vorsitzender Julius eröffnet die Sitzung um 17.30 Uhr.

zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen

Die Tagesordnung wird festgestellt. Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor.

zu 4 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Eilentscheidungen liegen nicht vor.

zu 5 Bekanntgaben

Betriebsleiter Redenius gibt bekannt, dass derzeit neue Konzepte zur Zwischenspeicherung von Regenwasser umgesetzt werden. Dies ist aufgrund neuer Anforderungen des Landkreises Aurich bzw. des Entwässerungsverbandes bezüglich der Drosselung des eingeleiteten Regenwassers erforderlich. Dies erfordert in neuen Baugebieten die Berücksichtigung zusätzlicher Möglichkeiten zur Zwischenspeicherung.

Auch für Neubauten in älteren Siedlungen, in der Vergrößerungen der bebauten bzw. versiegelten Fläche geplant werden, bestünden neue Auflagen, so dass auch dort zusätzlicher Speicher geschaffen werden muss.

Ratsherr Brauer erkundigt sich, wie dieses zusätzliche Speichervolumen berechnet wird.

Betriebsleiter Redenius erklärt, dass der Richtwert 15 Liter pro Quadratmeter beträgt, die zurückgehalten werden müssen.

Vorsitzender Julius nennt als Beispiel ein Bauvorhaben in der Lange Riege, wo ein Einfamilienhaus abgerissen wurde und ein Neubau mit sechs Wohnungen und dazugehöriger Garagen mit einer entsprechenden deutlichen Vergrößerung der überbauten und versiegelten Fläche entsteht.

Betriebsleiter Redenius erklärt, dass auch ein oftmals ohnehin vorhandener oder noch herzustellender Entwässerungsgraben als zusätzliche Speichermöglichkeit dienen kann, falls dieser unterhalb der Straßenoberfläche liegt.

Ratsherr Hinrichs erkundigt sich, ob damit auch Bauten gemeint sind, die ein Aufstauen und langsames Abfließen von Regenwasser bewirken sollen, wie sie derzeit am Lehmweg erstellt werden.

Betriebsleiter Redenius erklärt, dass solche Maßnahmen dazu dienen, den Wasserstand auch aus Gründen des Umwelt- und Naturschutzes auf ein bestimmtes Niveau zu halten. Dies sei bei der angesprochenen Thematik aber nicht gemeint, denn dort ginge es vielmehr um Starkregereignisse und Lösungen für die damit einhergehenden Probleme.

Grundstücke in Neubaugebieten sowie private Grundstücke, auf denen die überbaute und versiegelte Fläche ausbauen, sollen eine sog. Grütpe zur Oberflächenentwässerung erbauen. Hintergrund sei eine Regelung auf Initiative des Landkreises und des Entwässerungsverbandes. Die Kosten, die durch die zusätzliche Versiegelung und den daraus entstehenden Entwässerungsmaßnahmen entstehen, würden so auf die Verursacher verteilt, nicht aber auf die Allgemeinheit (Gebührenhaushalt). Diese Regelung sei auch Satzungskonform.

zu 6 Durchführung der Einwohnerfragestunde

Einwohner haben nicht an der Sitzung teilgenommen.

zu 7 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses vom 24.11.2016 0063/2017/TDN

Beschlussvorschlag:

Das Protokoll wird genehmigt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	5
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	2

zu 8 Sachstandsbericht: Sanierungsmaßnahmen Klärwerk

Betriebsleiter Redenius informiert darüber, dass die lange ausstehende Entscheidung des Landkreises über die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung inzwischen getroffen wurde: demnach ist diese nicht erforderlich. Dies wurde ihm kürzlich telefonisch bestätigt. Die schriftliche Bestätigung soll in den nächsten Tagen eingehen.

Ratsherr Fischer-Joost erkundigt sich, ob alle Fördermöglichkeiten ausgeschöpft worden seien.

Betriebsleiter Redenius berichtet, dass das für die Planungen beauftragte Ingenieurbüro damit beauftragt wurde, alle Fördermöglichkeiten zu berücksichtigen. Von zwei überhaupt in Frage kommenden Fördermöglichkeiten schied eine aus, weil nur „Leuchtturmprojekte“ gefördert werden, also solche, die im Bundesgebiet einmalig sind. Dies sei für die Planungen in Norden jedoch nicht der Fall.

Ein Bescheid für die beantragte Förderung aus Mitteln der N-Bank stehe noch aus.

**zu 9 Bericht des Gewässerschutzbeauftragten für 2016
0199/2017/TDN**

Sach- und Rechtslage:

Siehe Anlage

Betriebsleiter Redenius erklärt, dass die in seinem Bericht des Gewässerschutzbeauftragten aufgeführten Werte und Tabellen jährlich fortgeführt werden und seit dem Beginn der Erfassung dieser Werte eine Entwicklung nachvollzogen werden könne.

Er erläutert einzelne Angaben seines Berichtes. U.a. seien etwa 1/3 des im Klärwerk ankommenden Wassers Fremdwasser, d.h. Grund- und Regenwasser. Dies sei aber kein ungewöhnlicher Wert. Regenwasser gelang zumeist über die Belüftungsöffnungen der Schmutzwasserschächte (Kanaldeckel) und das Schmutzwassernetz. Grundwasser im Schmutzwasserkanal sei ein Indiz für einen undichten Kanal.

Ratsherr Hinrichs erwähnt den gesetzlichen Phosphor-Grenzwert von 2 mg/l und erkundigt sich, ob dafür Kosten anfallen würden.

Betriebsleiter Redenius sagt hierzu, dass der tatsächliche Wert in Norden bei lediglich 0,4 mg/l sei. Die deutliche Unterschreitung führe zu Einsparungen bei der Abwasserabgabe.

Bürgermeister Schmelzle erkundigt sich nach einer im Bericht angegebenen Überschreitung bei einer von 24 entnommenen Gewässerproben.

Betriebsleiter Redenius sagt hierzu, dass der Wert bei einer Probenahme aufgrund einer Störung bei 1,2 mg pro Liter gelegen habe. Dies läge zwar über dem Überwachungswert von 0,4 mg/l, aber noch deutlich unter dem gesetzlichen Grenzwert.

Er geht weiter auf seinen Bericht ein und erwähnt die Vorgaben des Kanalsanierungsprogramms für Kanalinspektion, Kanalunterhaltung und Kanalerneuerung. Die Vorgabe „17 km Kanalbefilzung“ konnte in 2016 mit 26 km deutlich übertroffen werden. Neben dem Aufholen von Defiziten aus Vorjahren sind in diesem Wert allerdings z.B. auch Befilmungen für Abnahmen enthalten und auch solche, die für strategische Überlegungen notwendig seien.

Der Sollwert für Unterhaltung und Erneuerung kann derzeit noch nicht erreicht werden. Anhand der Ergebnisse der bisherigen Befilmungen könne jedoch nach wie vor die Aussage getroffen werden, dass das Kanalnetz – gemessen an seinem Alter – in einem guten Zustand ist. Derzeit werde überlegt, ob durch diese sich mehr und mehr festigende Erkenntnis der Sollwert für die jährlichen Unterhaltungs- bzw. Sanierungswerte nach unten korrigiert werden könnte.

Ratsherr Fischer-Joost erkundigt sich, ob es für Neubaugebiete eine Art Übernahmeprotokoll gäbe, weil solche Kanäle erst nach 20 Jahren gefilmt werden.

Betriebsleiter Redenius sagt hierzu, dass die Qualitätssicherung bei Kanalbau-Maßnahmen stark angehoben worden sei und Wert auf eine hochwertige Bauweise gelegt werde. Je besser diese ist, desto weniger Schäden werden zukünftig entstehen. Es gäbe regelmäßig eine Abnahme nach Beendigung der Kanalbaumaßnahme und eine Gewährleistungsabnahme, um die Funktionalität sicherzustellen. Dies sei notwendig, da die Vorgabe der KGSt zur Lebensdauer von Kanälen mit 75 Jahren vorgegeben ist.

Die Notwendigkeit einer hohen Bauqualität zeige sich daran, dass die alten Kanäle oft in einem besseren Zustand seien als solche, die in den 80er Jahren erbaut wurden.

Betriebsleiter Redenius informiert über die derzeit für nächstes Jahr geplanten Straßenbaumaßnahmen, bei denen zur Nutzung von Synergien auch die Kanäle erneuert werden sollen.

Vorsitzender Julius erkundigt sich nach der Entwässerung des Grundstückes der Score-Tankstelle in Norddeich.

Betriebsleiter Redenius sagt, dass hierfür eine Lösung über einen Entwässerungsgraben gefunden wurde und dadurch der Landkreis Aurich zuständig ist.

Nach kurzer Vorstellung der geplanten Maßnahmen kommt er zu dem Fazit, dass die Vielzahl der Maßnahmen, zu denen noch die Klärwerksmaßnahmen und die Kanalsanierungen im Linner-Verfahren kommen, mit dem derzeitigen Personal gar nicht umzusetzen ist.

Selbst bei einer Vergabe an externe Ingenieurbüros wäre dies nicht zu schaffen, da etwa 30% des Zeitaufwandes – dies bestätigt auch die KGSt – mit eigenem Personal bewältigt werden muss.

Kfm. Leiter Mennenga geht auf die besondere Schwierigkeit der Haushaltsplanung unter diesen Voraussetzungen ein. Wenn investive Maßnahmen geplant seien, müssen auch die Kosten dafür im Haushalt genauso berücksichtigt werden wie auch in der Gebührenkalkulation. Wenn diese Maßnahmen nicht umgesetzt werden, führt dies zu überschüssiger Liquidität in Form von Bankguthaben und Überschüssen in den beiden Abrechnungssystemen.

Beschlussvorschlag:

Der Betriebsausschuss nimmt Kenntnis.

zu 10 Überblick über die Geschäftsentwicklung 0192/2017/TDN

Kfm. Leiter Mennenga erläutert einige markante Positionen seiner Übersicht über die Geschäftsentwicklung und weist auf die Unterschiede der beiden Rechnungssysteme „Neues Kommunales Rechnungswesen (NKR) auf Basis der Doppik“, die für den Jahresabschluss ver-

wendet wird, und die Kostenrechnung, die für die Gebührenkalkulation maßgeblich ist.

Die wesentlichen Unterschiede bestehen in den Positionen „außerordentliche Aufwendungen und Erträge“, die nur in der Doppik erfasst werden, und der Eigenkapitalverzinsung, die nur in der Kostenrechnung erfasst wird.

Trotz der hoch anmutenden Überschüsse liegen die Abweichungen zu den kalkulierten Erträgen und Aufwendungen im niedrigen einstelligen Prozentbereich.

Beschlussvorschlag:

Der Betriebsausschuss „Technische Dienste Norden“ nimmt Kenntnis.

zu 11 Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor.

zu 12 Anfragen, Wünsche und Anregungen

Anträge wurden nicht gestellt. Wünsche und Anregungen wurden nicht geäußert.

zu 13 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Vorsitzender

Bürgermeister

Protokollführer

gez.

gez.

gez.

Julius

Schmelzle

Mennenga